

BundessprecherInnenRat der BAG Hartz IV
zur Interessenvertretung der Erwerbslosen und
prekär Beschäftigten in und bei der Partei DIE LINKE

Alle Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Liebe Abgeordnete in der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag,

ihr entscheidet am Dienstag, dem 16.10.2012, in der Fraktion über einen Antrag zur
Mindestrente. In diesem Antragsentwurf "Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische
Mindestrente einführen" heißt es:

"Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen,
mit dem

1. eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente eingeführt wird,
[...]
- b) mit der ein Nettoeinkommen im Alter (ohne Wohngeld) von sofort 900 Euro durch
Zuschläge garantiert wird. Dieses Einkommen wird schrittweise auf 1050 Euro
gehoben, [...]."

Wir verweisen mit Nachdruck darauf, dass auf dem Parteitag in Göttingen folgendes zur
Mindestrente beschlossen worden ist: "Wir wollen eine armutsfreie solidarische gesetzliche
Rente für alle, eine Mindestrente von **zur Zeit mindestens 1050 Euro netto monatlich
einführen für diejenigen, die sonst ein Leben unter der Armutsgrenze führen müssen.**"

Wir sind verwundert darüber, dass in dem Antragsentwurf nicht der Wille des höchsten
Organs der Partei DIE LINKE zum Ausdruck kommt, und eindeutig eine Mindestrente
(unabhängig vom möglichen weiteren Wohngeld bei hohen Wohnkosten) von zur Zeit
mindestens 1050 Euro gefordert wird. Auch würde damit der Zusatz "die sonst ein Leben
unter der Armutsgrenze führen müssen" erfüllt. Denn die Armutsgrenze derjenigen
Datenquellen, deren Erhebungsmethoden im weitesten Umfang dem EU-Standard
entsprechen, betragen bereits im Jahr 2008 1063 Euro netto monatlich (EVS) und im Jahr
2009 966 Euro netto monatlich (SOEP, vgl. beide Angaben im Entwurf des 4. Armuts- und
Reichtumsberichts auf S. 457 f.). Fortgeschrieben mit der durchschnittlichen jeweiligen
Steigerungsrate der Armutsgrenze würde die EVS-Armutsgrenze bei über 1100 Euro netto
monatlich im Jahr 2013 liegen, die des SOEP bei 1029 Euro netto monatlich im Jahr 2012
bzw. 1050 Euro netto monatlich im Jahr 2013.

Liebe Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag,
wir erwarten von euch die Achtung der Parteitagsbeschlüsse und die Anpassung des
genannten Passus im Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Mindestrente, der dann lauten
muss: "**mit der ein Nettoeinkommen im Alter (ohne Wohngeld) von zur Zeit mindestens
1050 Euro durch Zuschläge garantiert wird.**"

Mit solidarischen Grüßen

Angelika Schömig, Reinald Last
Sprecher der BAG Hartz IV
i.A. des BundessprecherInnenRates der BAG Hartz IV
zur Interessenvertretung der Erwerbslosen und
prekär Beschäftigten in und bei der Partei DIE LINKE

15.10.2012